

Resolution der IHK Düsseldorf an die Bundespolitik

Für eine stabile, verlässliche und wirtschaftsfreundliche Politik

Einleitung

Die IHK Düsseldorf blickt mit großer Sorge auf die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen, die am 6. November 2024 fest mit dem Bruch der Ampelkoalition eskalierten. Der Ernst der wirtschaftlichen Lage, aber auch die sicherheitspolitischen und außenwirtschaftlichen Unwägbarkeiten erfordern stabile Mehrheiten und eine handlungsfähige Bundesregierung – keine monatelange Hängepartie. Die IHK Düsseldorf fordert die Bundesregierung und Bundespolitik – trotz der neuen politischen Situation – auf, kontinuierlich stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken als auch Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit fördern. Die *Wachstumsinitiative für die Wirtschaft* der Bundesregierung von September 2024¹ ist beschlossen und muss konsequent umgesetzt werden.

1. Politische Stabilität und Verlässlichkeit sicherstellen

Die Wirtschaft im IHK-Bezirk fordert eine verlässliche, entschlossene und zielgerichtete Bundespolitik, die langfristige Planungssicherheit bietet. Unabhängig von der aktuellen Koalitionslage erwarten die Unternehmen eine Politik, die klare Schwerpunkte auf notwendige wirtschaftliche Reformen und den Ausbau zentraler Infrastrukturprojekte legt. Die Verzögerung oder Unterbrechung von Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik, der digitalen Infrastruktur und der Investitionsförderung wäre eine schwere Bürde für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen vor Ort.

2. Wirtschafts- und Steuerpolitik für Wachstum und Entlastung

Wir fordern die Bundespolitik auf, dringend Reformen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik umzusetzen. Diese beinhalten:

- **Steuerliche Entlastungen für Unternehmen** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung von Investitionen. Hier ist explizit die Unternehmenssteuerreform zu nennen,
- **Fördermaßnahmen und gezielte Investitionsanreize** für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die von besonderer Bedeutung für die regionale Wirtschaft sind.

3. Bürokratieabbau, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren und Ressourcen effizienter zu nutzen.

Die Unternehmen sehen sich zunehmend durch komplexe und aufwändige Regulierungen belastet, die unnötige Verzögerungen und hohe Verwaltungskosten verursachen. Die IHK Düsseldorf fordert eine Vereinfachung der Melde- und Berichtspflichten sowie eine Digitalisierung der Prozesse, um so Bürokratie effizient abzubauen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten beschleunigt und auf das Wesentliche reduziert werden, um Innovations- und Investitionsprojekte nicht zu behindern. Nur so können Unternehmen ihre Ressourcen produktiv einsetzen und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Der Pakt für Beschleunigung der Bundesregierung muss konsequent umgesetzt werden, sprich spürbar im betrieblichen Alltag.

4. Energiepolitik für Versorgungssicherheit und Kostenstabilität

Eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung ist essenziell für die Wirtschaft. Die IHK Düsseldorf fordert die Bundesregierung daher auf, Lösungen zu entwickeln, die langfristige Versorgungssicherheit und stabile Energiepreise gewährleisten. Dies erfordert verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien sowie Maßnahmen, um die Energieeffizienz in der Industrie zu steigern. Zudem sind Entlastungen bei den Energiekosten für besonders energieintensive Unternehmen notwendig.

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/gesetzesvorhaben/wachstumsinitiative-2306060>

5. Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung als Basis für wirtschaftliche Stärke

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für die Unternehmen in Düsseldorf und Umgebung. Die IHK Düsseldorf erwartet von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken. Dazu zählen:

- **Erleichterung der gezielten Fachkräftezuwanderung** durch unbürokratische Visa- und Aufenthaltsregelungen für qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere in Branchen mit hohem Bedarf.
- **Ausbau und Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen** für Beschäftigte, um die Arbeitskräfte an neue Technologien und Arbeitsanforderungen anzupassen.
- **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**, um Unternehmen mehr Spielraum bei der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen zu bieten und gleichzeitig faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

6. Digitalisierung und Förderung der Innovation

Investitionen in digitale Infrastrukturen und Innovationsförderung sind die Grundpfeiler für eine wettbewerbsfähige Industrie. Die Bundesregierung ist aufgerufen, gezielt in den Ausbau digitaler Infrastruktur zu investieren und insbesondere die Industrie durch Förderprogramme und steuerliche Anreize zu unterstützen.

7. Europäische Zusammenarbeit und internationale Märkte fördern

Die internationale Vernetzung der deutschen Wirtschaft ist ein wesentlicher Treiber für Wachstum und Wohlstand. Insbesondere an einem internationalen Standort wie Düsseldorf und dem Kreis Mettmann fordert die IHK, dass die Bundespolitik die europäische Zusammenarbeit weiter intensiviert und Hürden für den grenzüberschreitenden Handel reduziert. Dies umfasst:

- **Einstehen für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU** und die Vermeidung unnötiger bürokratischer Hindernisse.
- **Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit internationalen Handelspartnern** durch die Förderung neuer und die Pflege bestehender Handelsabkommen.
- **Förderung von Investitionen in nachhaltige Lieferketten** sowie Unterstützung der Unternehmen bei der Erfüllung von ESG-Anforderungen, um die Position der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu festigen.

Schlussbemerkung

Die Düsseldorfer Wirtschaft fordert eine entschlossene und zukunftsorientierte Politik, die für Stabilität sorgt, Rahmenbedingungen für Wachstum schafft und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig sichert. Die IHK Düsseldorf steht bereit, die Bundesregierung und den Bundestagsabgeordneten aus dem IHK-Bezirk mit Expertise und Dialogangeboten auf diesem Weg zu unterstützen und erwartet von den Entscheidungsträgern klare Signale für eine wirtschaftsfreundliche Zukunftsgestaltung.

Düsseldorf, im November 2024